

Lieber Rolf,

mit großem Respekt für Deine langjährige Arbeit und Deine Rolle als unser Bundestagsabgeordneter in Berlin wenden wir uns heute als Stadtbezirk Ehrenfeld gemeinsam mit unseren Ortsvereinen an Dich.

Wir tun dies in dem Bewusstsein, dass die aktuellen politischen Herausforderungen komplex sind und verantwortungsvolle Entscheidungen verlangen. Gerade deshalb ist es uns wichtig, unsere Perspektive aus dem kommunalen Alltag einzubringen.

Zur Diskussion um die Familienversicherung

Die Überlegungen, die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern einzuschränken, bereiten uns große Sorgen. In vielen Gesprächen vor Ort erleben wir, wie zentral diese Regelung für Familien ist, die Erziehungsarbeit leisten oder Angehörige pflegen.

Für uns ist daher klar: **Die beitragsfreie Familienversicherung darf nicht angetastet werden.** Sie ist ein Kernbestandteil unseres solidarischen Gesundheitssystems und sichert Lebensrealitäten ab, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unverzichtbar sind.

Gleichzeitig ist uns bewusst, dass die gesetzlichen Krankenversicherungen unter erheblichem finanziellem Druck stehen. Aus unserer Sicht muss die Antwort darauf jedoch in einer konsequenten Strukturreform liegen.

Wir sehen dabei zwei prioritäre Hebel:

Erstens eine **stärkere Primärversorgung durch Hausärztinnen und Hausärzte**, um Patienten gezielter zu steuern und das System effizienter zu machen.

Zweitens eine **konsequente Präventionsstrategie**, die stärker als bisher auch strukturelle Ursachen adressiert. Dazu gehören aus unserer Sicht insbesondere eine wirksamere Tabakprävention sowie die Prüfung fiskalischer Instrumente wie einer Abgabe auf stark zuckerhaltige Produkte – wie sie beispielsweise in anderen europäischen Ländern bereits eingesetzt wird. Die enormen Folgekosten vermeidbarer Erkrankungen zeigen, dass hier ein zentraler gesundheitspolitischer und ökonomischer Hebel liegt.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für den falschen Weg, zentrale solidarische Leistungen infrage zu stellen, bevor diese strukturellen Potenziale konsequent gehoben werden.

Zur möglichen Erhöhung der Mehrwertsteuer

Mit Blick auf die aktuelle Diskussion über eine mögliche Anhebung der Mehrwertsteuer sehen wir eine solche Maßnahme kritisch, da sie gerade Familien sowie Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen überproportional belasten würde.

In einer Zeit, in der viele Haushalte bereits unter steigenden Lebenshaltungskosten leiden, würde eine weitere Verteuerung des Alltags aus unserer Sicht soziale Spannungen verschärfen.

Wir sind überzeugt, dass es Alternativen gibt, die stärker dem Leistungsfähigkeitsprinzip entsprechen. Dazu gehören eine faire Weiterentwicklung der Einkommensteuer sowie eine Reform der Erbschafts- und Vermögensbesteuerung.

Für uns steht dabei die grundsätzliche Frage im Mittelpunkt, wie finanzpolitische Stabilität mit sozialer Gerechtigkeit in Einklang gebracht werden kann.

Zur Debatte um die gesellschaftliche Mitte

In vielen Gesprächen nehmen wir wahr, dass der Begriff der „Mitte“ zunehmend unscharf verwendet wird. Für uns ist die Mitte keine Frage des Einkommens, sondern eine Frage der Haltung.

Zur Mitte gehören all diejenigen, die Verantwortung übernehmen – im Beruf, in der Familie oder im Gemeinwesen. Dazu zählt die Pflegekraft ebenso wie der Facharbeiter, der Selbstständige ebenso wie die Alleinerziehende. Auch Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, sind Teil dieser Mitte, solange sie sich im Rahmen unserer solidarischen Ordnung bewegen.

Solidarität verstehen wir dabei als gegenseitiges Versprechen. Wer arbeitet, muss sich darauf verlassen können, dass Leistung anerkannt wird. Wer Unterstützung braucht, muss sich auf den Staat verlassen können. **Und wer sich bewusst gemeinsamen Regeln entzieht, etwa durch Steuerhinterziehung oder das gezielte Ausnutzen von Schlupflöchern, untergräbt dieses Vertrauen und schadet dem Gemeinwesen insgesamt.**

Die Mitte ist für uns deshalb kein politischer Ort zwischen den Polen, sondern der Kern unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Eine starke Sozialdemokratie beschreibt diese Mitte nicht über Abgrenzung, sondern über das Zusammenspiel von Freiheit, Verantwortung und einem Staat, der beides schützt.

Zur aktuellen Debatte über Gewalt gegen Frauen

Mit großer Irritation haben wir die jüngsten Äußerungen des Bundeskanzlers zur Verknüpfung von Zuwanderung und Gewalt wahrgenommen. Gerade bei einem so sensiblen Thema halten wir eine solche Verkürzung für politisch problematisch.

In der gesellschaftlichen Realität wird häufig nicht zwischen Zugewanderten und hier geborenen Menschen mit Einwanderungsgeschichte unterschieden. Pauschale oder undifferenzierte Aussagen tragen dazu bei, dass sich diese Grenzen weiter verwischen mit konkreten Folgen für das gesellschaftliche Klima.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen wir uns bewusst sein, dass politische Sprache Wirkung entfaltet. Sie kann zur Differenzierung beitragen – oder bestehende Ressentiments verstärken und die Grenzen des Sagbaren verschieben.

Als Person mit Einwanderungsgeschichte erlebe ich persönlich, wie sich der gesellschaftliche Ton in den letzten Jahren verändert hat. Der Druck im Alltag hat spürbar zugenommen, und Äußerungen, die früher klar zurückgewiesen wurden, werden heute häufiger normalisiert.

Als in Köln geborener und aufgewachsener Mensch verstehe ich mich in erster Linie als kölscher Jung, dann als Deutscher. Meine Herkunft steht für mich an dritter Stelle. Umso problematischer ist es, wenn politische Debatten dazu beitragen, Menschen wieder stärker über Herkunft zu definieren.

Für uns ist klar: **Gewalt gegen Frauen ist ein strukturelles Problem, das entschlossen bekämpft werden muss, und zwar als Ausdruck von Machtverhältnissen und Geschlechterungleichheit, nicht als Frage der Herkunft.**

Gerade deshalb ist es entscheidend, Probleme klar zu benennen und gleichzeitig eine Sprache zu wählen, die nicht pauschalisiert und gesellschaftliche Gruppen unter Generalverdacht stellt. Nur so können wir Vertrauen stärken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern.

Abschließend

Lieber Rolf, wir wissen um die Verantwortung, die Du in dieser Zeit trägst. Unser Anliegen ist es, unsere Perspektive klar einzubringen und zugleich den gemeinsamen politischen Anspruch zu unterstreichen.

Wir sind überzeugt, dass die Stärke der Sozialdemokratie immer darin lag, gesellschaftliche Spannungen nicht zu verstärken, sondern sie politisch zu bearbeiten und in tragfähige Lösungen zu überführen.

In diesem Sinne würden wir uns freuen, wenn unsere Gedanken in die weiteren Beratungen einfließen.

Solidarische Grüße

Hakan Memis
Vorsitzender Stadtbezirk Ehrenfeld

Lena Snelting & Jürgen Brock-Mildenberger
Ortsverein Ehrenfeld

Thomas Breustedt
OV Bickendorf/Ossendorf

Dr. Robert Becker
OV Vogelsang/Westend

Patrick Haiber
OV Bocklemünd/Mengenich